

## **BAGSO-Wahlprüfsteine 2009**

### **1. Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe**

Mit der Berliner Ministererklärung von 2002 haben sich die Regierungen der Mitgliedsstaaten der UNECE (regionale Untergliederung der Vereinten Nationen) u. a. verpflichtet, Altersfragen als ein politisches Querschnittsthema zu begreifen.

- 1.1. Inwieweit wurde und wird diese Verpflichtung von Ihrer Partei umgesetzt?
- 1.2. Welchen Stellenwert nimmt die Seniorenpolitik in Ihrer Partei ein? An welchen (ausgewählten) seniorenpolitischen Maßnahmen der laufenden Legislaturperiode lässt sich dieser Stellenwert ablesen?

### **2. Alterssicherung**

Der 5. Altenbericht der Bundesregierung weist auf die langfristigen Folgen der verabschiedeten Rentenreformen hin: Ein Durchschnittsverdiener erreicht nach 35 Jahren Erwerbstätigkeit in Vollzeit lediglich eine Rente auf Grundsicherungsniveau. Frauen sind durch Familienarbeit und geringere Durchschnittseinkommen besonders benachteiligt.

- 2.1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) auch in Zukunft mehr als eine Armut vermeidende Grundsicherung bleibt? Falls ja, durch welche konkreten Maßnahmen?
- 2.2. Wird sich Ihre Partei für einen Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge einsetzen? Falls ja, durch welche konkreten Maßnahmen?
- 2.3. Durch welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei einen Ausbau der privaten Altersvorsorge unterstützen? Und wie gelingt es Ihnen dabei, auch diejenigen Menschen einzubeziehen, denen eine private Altersvorsorge bislang aufgrund geringer Einkommen nicht möglich ist?
- 2.4. Wird sich Ihre Partei für ein einheitliches Rentenrecht in Ost- und Westdeutschland einsetzen? Falls ja, in welchen konkreten zeitlichen Schritten will Ihre Partei die vollständige Angleichung erreichen?
- 2.5. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Familienleistungen (Erziehung von Kindern, Pflege von Angehörigen) in der GRV stärker als bisher berücksichtigt werden? Falls ja, durch welche konkreten politischen Maßnahmen? Wie stehen Sie zu dem Vorschlag der BAGSO, auch ehrenamtliche Tätigkeiten unter ganz bestimmten Voraussetzungen (soziale Tätigkeit, Dauer etc.) in der GRV zu berücksichtigen?
- 2.6. Mit welchen Argumenten begegnet Ihre Partei jungen Menschen, die befürchten, dass sich der Generationenvertrag für sie als Einbahnstraße darstellt?

### 3. Beschäftigungschancen älterer Menschen

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter ist in den vergangenen Jahren gestiegen, ebenso die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen. Dennoch hat sich die Politik der Frühverrentung in vielen Köpfen festgesetzt und ältere Arbeitssuchende haben auf dem Arbeitsmarkt deutlich schlechtere Chancen als jüngere.

- 3.1. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Möglichkeiten eines längeren Verbleibs älterer Menschen im Arbeitsleben zu fördern?
- 3.2. Plant Ihre Partei, die selbstständige wirtschaftliche Betätigung älterer Menschen (50plus) stärker zu fördern? Falls ja, durch welche konkreten Maßnahmen?
- 3.3. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Beschäftigte die Möglichkeit haben, über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zu arbeiten und damit zusätzliche Rentenansprüche zu erwerben? Wird sich Ihre Partei für eine Aufhebung beruflicher Altersgrenzen einsetzen?

### 4. Politische und gesellschaftliche Teilhabe

Die Herausforderungen des demografischen Wandels können nur gemeinsam mit den älteren Generationen bewältigt werden. Dies betrifft nicht nur das Arbeitsleben, sondern auch den politischen und gesellschaftlichen Bereich. Viele ältere Menschen sind bereit, mehr Verantwortung in Politik und Gesellschaft zu übernehmen.

- 4.1. Plant Ihre Partei konkrete Maßnahmen, um die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement zu verbessern? In welchem Umfang werden die Qualifizierung und die Begleitung von Menschen gefördert, die sich ehrenamtlich engagieren, etwa in der Betreuung von Pflegebedürftigen?
- 4.2. Mit welchen konkreten Maßnahmen sollen bestehende Hürden für das Engagement älterer Menschen mit Behinderungen sowie älterer Menschen mit Migrationshintergrund abgebaut werden?
- 4.3. Inwieweit können Organisationen, in denen sich ältere Menschen für soziale und gesellschaftliche Anliegen freiwillig engagieren, auf öffentliche Förderung verlassen?
- 4.4. Wird sich Ihre Partei für eine Aufhebung von Altersgrenzen im politischen und gesellschaftlichen Bereich einsetzen? Welche konkreten politischen Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um Diskriminierungen aufgrund des Lebensalters (z. B. beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen) wirksamer zu bekämpfen?
- 4.5. Inwieweit sorgt Ihre Partei für eine altersmäßig ausgewogene Besetzung von Ämtern und Gremien? Gibt es hierzu parteiinterne Regelungen?

### 5. Infrastrukturentwicklung und Verbraucherschutz

Der demografische Wandel und die mit ihm einhergehende Veränderung von Siedlungsstrukturen bedeuten eine erhebliche Herausforderung für die Sicherstellung einer funktionierenden Infrastruktur. Darüber hinaus muss der Schutz vor unseriösen Geschäftspraktiken verbessert werden.

- 5.1. Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit auch in ländlichen Gegenden die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs (Lebensmittel, Medikamente, Postfilialen etc.) und die Mobilität sichergestellt sind?
- 5.2. Mit welchen konkreten Maßnahmen ist eine flächendeckende haus- und fachärztliche Versorgung in Deutschland zu gewährleisten? Planen Sie z. B. Anreizsysteme für medizinische Leistungen in ländlichen Gegenden?
- 5.3. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei für einen verbesserten Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern vor unseriösen Geschäftspraktiken? Unterstützt Ihre Partei den Vorschlag der BAGSO, dass vertragliche Willenserklärungen, die im Rahmen von unaufgeforderten Telefonanrufen (§ 7 Abs. 2 Nr. 2 UWG) abgegeben werden, erst durch eine schriftliche Bestätigung des Verbrauchers wirksam werden?

## **6. Erhalt von Selbstständigkeit und Lebensqualität**

Eine der wichtigsten Herausforderungen ist der Erhalt der Selbstständigkeit im Alter, gerade auch bei Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen. Dies erfordert ein funktionierendes und für alle Menschen bezahlbares Gesundheitswesen, eine am Menschen orientierte Pflege sowie eine gute hauswirtschaftliche Versorgung.

- 6.1. Mit welchen konkreten politischen Maßnahmen plant Ihre Partei, die Möglichkeiten eines selbstständigen und bezahlbaren Wohnens bis ins hohe Alter zu erweitern? In welchem Umfang sollen neue Wohnformen, die eine Alternative zum Heim darstellen, staatlich gefördert werden?
- 6.2. Plant Ihre Partei die Verabschiedung eines Präventionsgesetzes? Falls ja, inwieweit werden dabei die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen, etwa im Bereich der Tertiärprävention, berücksichtigt?
- 6.3. Welche konkreten Maßnahmen sind geplant, um die geriatrischen und gerontopsychiatrischen Kenntnisse bei Ärzten und medizinischem Personal zu verbessern?
- 6.4. Welche (weiteren) Anreizsysteme zum Erhalt und zur Wiederherstellung körperlicher und geistiger Fähigkeiten von Pflegebedürftigen sollen in der kommenden Legislaturperiode eingeführt werden? Inwieweit wird Ihre Partei pflegende Angehörige stärker unterstützen? Werden Sie sich z. B. dafür einsetzen, dass während der Pflegezeit die Vergütung fortgezahlt oder eine Entgeltersatzleistung gezahlt wird?
- 6.5. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei für den Ausbau der Versorgung im Bereich Palliativmedizin und Palliativpflege sowie zur Förderung der Hospizbewegung?